

- o die weltweite Klimaveränderung durch die Freisetzung klimawirksamer Spurengase („Treibhaus-effekt“).

Der zweite Aspekt wird in der Bundesrepublik erst in Ansätzen diskutiert, er hat aber eine noch größere Bedeutung als die Diskussion über das Ozonloch.

Der Beginn der Diskussion über den Schutz der Erdatmosphäre geht auf das Jahr 1971 zurück, als viele Forscher erstmals befürchteten, daß Wasserdampf- und Stickoxid-Emissionen der Überschallflugzeuge in großen Höhen die Erdatmosphäre schädigen, weil dadurch das Ozon angegriffen würde. Ähnliche Befürchtungen wurden auch aus dem anstehenden Verbrauch stickstoffreichen Düngers gezogen.

Eine neue Qualität bekam die einschlägige Debatte mit den Forschungsarbeiten von Professor S. Rowland von der Universität Kalifornien, der 1974 erstmals auf die Schädigungen durch den wachsenden Einsatz der FCKW hinwies und sozusagen zum Entdecker des Ozonlochs wurde.

Seit einigen Jahren alarmiert auch die Klimaforschung die Öffentlichkeit mit Hinweisen auf drohende globale Klimaveränderungen, für die vor allem die Konzentration von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) und anderer Treibhausgase sowie weitere anthropogene Einflüsse verantwortlich gemacht werden. „Klima“ sind dabei alle Eigenschaften des Wetters sowie der mit der Atmosphäre in Wechselwirkung stehenden Systeme Ozean, Eissphäre und Biosphäre. Das Klima ist in dieser Definition keine statische Größe, sondern ist einem Prozeß vieler, zeitlich sich verändernder Bedingungen unterworfen.

#### Das Ozonloch

FCKW bewirken den katalytischen Abbau von Ozon besonders in Höhen über 40 km. Im Ergebnis läßt sich über der Südhalbkugel der Erde eine Verringerung der vorhandenen Ozonmengen nachweisen, deren Folgen unten beschrieben werden. Auf der Nordhalbkugel wird der Abbau in höheren Schichten durch eine zusätzliche Ozonbildung in bodennahen Luftschichten infolge Luftverschmutzung (vor allem Stickoxide und Kohlenwasserstoffe) zur Zeit weitgehend kompensiert. Dieses bodennahe Ozon ist gesundheitsgefährdend und eine der Hauptursachen des Waldsterbens. Die als Ergebnis von Abbauprozessen „oben“ und Neubildung „unten“ resultierende Verlagerung der Ozonschicht ist somit nicht umweltneutral; bisher nicht kalkulierbare Risiken gehen von der Tatsache aus, daß Ozon eines der wichtigen natürlichen Treibhausgase ist und seine „Verlagerung“ zu einer Störung der die Wetterentwicklung bestimmenden globalen Luftzirkulation führen kann. Von 1974 bis 1984 ergaben die Messungen im polaren Frühling der Antarktis eine Abnahme der Ozonsäule um mehr als 40 Prozent, seitdem hat sich die Abnahme weiter verstärkt - weit über bisher bekannte Klimazyklen hinaus. 1987 war das Ozonloch im sogenannten Polarwirbel größer als je zuvor und erstreckte sich bis zum 50ten Breitengrad Süd. Zudem sind nunmehr auch deutliche Verdünnungen der Ozonschicht über dem Nordpol festgestellt.

Die heute sicher nachgewiesene und künftig verstärkt zu befürchtende Erosion dieser Schicht ist sehr bedenklich. Obwohl Ozon nur weniger als ein Millionstel der Atmosphäre ausmacht, absorbiert es den größten Teil der ultravioletten Sonneneinstrahlung, bevor sie die Erdoberfläche erreicht. Die Energie der Strahlung reicht aus, um wichtige biologische Moleküle aufzubrechen (zum Beispiel die Erbtragersubstanz DNS). Die Auswirkungen wären Hautkrebs, Immunschwächen und „grauer Star“, aber auch Minderung der Ernteerträge und Schädigungen des ozeanischen Ökosystems.

FCKW werden in der Bundesrepublik in vielen Bereichen eingesetzt (Spraytreibgase, Kühlmittel, zur Verschäumung und als Lösemittel). Die Industrie gibt keine konkreten Angaben über ihre Produktionsmengen heraus, auch die Bundesregierung stochert mit ihren Angaben offenkundig im Nebel (Das BMU nannte im Mai 1987 60. bis 80.000 t, Töpfer im Januar 1988 64.000 t und im April 1988 rund 100.000 t). Das Öko-Institut Freiburg kommt in eigenen Schätzungen auf eine Gesamtmenge von 125. bis 145.000 t. Es gibt in der Bundesrepublik neun Anbieter, davon zwei nationale (Hoechst und Kali).

und Gemeindepflegestationen. Gekürzt wurden die Mittel für die Sportförderung. Darunter leiden die Sportvereine und der Schulsport.

Gestrichen wurden die Mittel zur Erschließung neuer Berufsfelder für Frauen, die Förderung der Frauenhäuser wurde erheblich eingeschränkt.

Vor der Wahl hatte Wallmann die „liberale Erneuerung“ Hessens versprochen. Erneuert wurde der Obrigkeitstaat. Mit der Novellierung des Personalvertretungsgesetzes beschneidet die CDU/FDP-Mehrheit die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst, und fällt dort wie auch anderswo hinter Bayern zurück.

Die Polizistenmorde an der Startbahn West nahm Wallmann zum Anlaß, Vermummungsverbot und weitere Einschränkungen des Demonstrationsrechts zu fordern. Hessen hat die Regelungen für Asylbewerber verschärft und verweigert die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer. Die angekündigte Verstärkung von Polizei und Justizvollzug findet nicht statt.

Mit der Unterstützung der Bonner Pläne zum Verzicht auf die Besteuerung der großen Einkommen, der Abschaffung der sogenannten Bagatellsteuern, der Umstellung der kommunalen Finanzhilfen auf die Investitionszuschüsse vermindert die Regierung Wallmann den finanziellen Spielraum der Gemeinden und höhlt die kommunale Selbstverwaltung aus. Besonders betroffen sind die Kommunen in den strukturschwachen Räumen wie Nordhessen mit hoher Arbeitslosigkeit und hohen Sozialhilfeaufwendungen. Finanzminister Kanther lehnt den Vorschlag des niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht (CDU) ab, daß sich der Bund an der Finanzierung der Sozialhilfe beteiligen solle. Die Steuerreform kostet Kassel 1990 30 Millionen DM. Das vor der Wahl angekündigte Strukturprogramm, das zig-Millionen nach Nordhessen bringen sollte, wurde ersatzlos abgesetzt.

Arbeitszeitverkürzung ist für Wallmann kein Thema. Die Landesregierung hat die Übernahme des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst für die Beamten in Hessen abgelehnt. Die hessischen Beamtinnen und Beamten müssen ab sofort länger arbeiten als die Beamtinnen und Beamten des Bundes und der anderen Länder und verdienen weniger. Ihre negativen Erfahrungen haben die Schichtdienstbeamten der hessischen Polizei mit Wallmann gemacht. Das Versprechen, für diese die 40-Stunden-Woche einzuführen, wurde gebrochen.

Negativ auch die umweltpolitische Bilanz der Regierung Wallmann. Gestrichen wurden die Mittel für Energieberatung und Energieeinsparung. Der Müllberg erklimmt ungeahnte Höhen. Der Hanauer Atomskandal schwelt weiter. Wallmann lobt die Atommanager, weil diese verhindert haben, daß der Bestechungskandal um Transnuklear vor der Landtagswahl 1987 bekannt wurde.

Die Mehrheit der hessischen Bürgerinnen und Bürger muß auch in der Zukunft „schwarz“ sehen.

Der Finanzminister hat kürzlich deutlich gemacht, daß die hessische CDU auch weiterhin an der Spitze der sozialpolitischen Reaktion marschieren will. Die „Steuerreform“ müsse ohne weitere sozialpolitischen „Zugeständnisse“ durchgestanden werden. Die Unternehmen sollten nochmals steuerlich entlastet werden, dafür die Krankenversicherten mit stärkerer Beteiligung an den Krankheitskosten belastet werden. Das nennt Kanther, daß „Sozialpaket aufschnüren“. Er wendet sich gegen die sozialpolitischen Pläne seiner Parteiliebe Fink, Süsmuth, Blüm und Geißler, gegen Arbeitszeitverkürzung, Frauenförderung, Kinder- und Erziehungsgeld, BAFÖG-Erhöhung, gegen die Absicherung des Pflagerisikos im Alter.

Fazit: Nach einem Jahr hat die Regierung Wallmann alles zerstört, was Hessen einmal zu Recht das Markenzeichen „Hessen vorn“ eintrug. Es ist eine Politik gegen die Mehrheit der hessischen Bürgerinnen und Bürger.

(-/27.4.1988/rs/ks)

Ein unwürdiges Spiel

Zum Umgang der CSU mit dem Bundespräsidenten

Von Karl-Heinz Hlarsemann MdL  
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Während sich in den letzten Tagen führende Repräsentanten der SPD, also auch der Parteivorsitzende Hans-Jochen Vogel, der CDU, der FDP und der Grünen einmütig für eine neuerliche Kandidatur von Weizsäcker im nächsten Jahr ausgesprochen hatten, gingen Spitzenpolitiker der CSU nur mühsam verbrämt auf deutliche Distanz. So erklärte der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, in einem Interview mit dem „Spiegel“ auf die Frage, ob er eine nochmalige Kandidatur des derzeitigen Bundespräsidenten wünsche: „Der Politiker Waigel wird diese Frage, sobald sich der Bundespräsident erklärt hat, in Respekt vor der Person des Bundespräsidenten und in Respekt vor dem Amt des Bundespräsidenten mit seinen Parteifreunden besprechen.“ Und weiter: „Ich möchte jedenfalls die Delegierten, die zur Bundesversammlung fahren, nicht präjudizieren.“

Staatsminister Edmund Stoiber äußerte sich in einem Interview mit der Montagsausgabe der „Bild-Zeitung“. Frage: „CDU-Generalsekretär Geißler, Minister Genscher und die SPD haben Bundespräsident von Weizsäcker aufgefordert, für eine weitere Amtszeit zu kandidieren. Was sagt die CSU?“ Stoiber: „Ich bin strikt dagegen, daß das Amt des Bundespräsidenten in öffentliche Diskussionen zwischen den Parteien hineingezogen wird.“

Schließlich erklärte der stellvertretende CSU-Generalsekretär Erwin Huber am Montag im Deutschlandfunk, laut ddp, es schade der Autorität des Amtes, wenn bereits mehr als ein Jahr vor der Wahl über Personalfragen diskutiert werde. Huber verwies auf den französischen Staatspräsidenten François Mitterand, der erst vier Wochen vor der Wahl seine Anwartschaft erklärt hatte. Zur Haltung der CSU zu einer möglichen zweiten Amtszeit des Bundespräsidenten wollte sich Huber nicht äußern.

Es ist ein trauriger Beleg für die politische Allgemeinbildung Hubers, wenn er das taktische Verhalten des mit völlig anderen Kompetenzen ausgestatteten französischen Staatspräsidenten, der vom Volk direkt gewählt wird, mit der Stellung des deutschen Bundespräsidenten vergleicht, der von der Bundesversammlung bestimmt wird. Fadenscheinig und völlig abwegig ist das Argument der CSU-Sprecher, der von allen anderen Parteien geäußerte Wunsch, Weizsäcker möge für eine zweite Amtsperiode zur Verfügung stehen, schade der Autorität des Amtes oder der Person des Bundespräsidenten.

In Wahrheit ist es doch so, daß die Ewiggestrigen in der CSU dem Bundespräsidenten seine historische Rede zum 40. Jahrestag des 8. Mai 1945 ebenso wenig vergessen haben, wie dessen couragiertes Auftreten bei seiner jüngsten Reise im südlichen Afrika, wo er mit deutlicher Kritik an der Apartheidspolitik Südafrikas nicht sparte. Daß der Bundespräsident sich dadurch für jedermann sichtbar von der Poussage des CSU-Vorsitzenden mit dem Botha-Regime distanzierte, wird ihm von Strauß und seinem Umfeld noch heute übelgenommen. Zur Strafe dafür will ihn die CSU wohl noch ein Jahr „schmoren“ lassen.

Dies ist ein unwürdiges Spiel. Wenn der CSU das Schielen auf Ihren rechtesten Parteirand wichtiger ist, als die Zustimmung der überwältigenden Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung zur Person und Amtsführung Richard von Weizsäcker, so soll sie dies klipp und klar sagen und sich nicht hinter faulen taktischen Ausreden verschanzen.

(-/27.4.1988/rs/ks)

## Guatemala erfüllt Friedensabkommen nicht

Eindrücke von einem Aufenthalt in dem zentralamerikanischen Land

Von Jannis Sakellariou MdEP

Guatemala ist weit davon entfernt, das Friedensabkommen von Esquipulas zu erfüllen. Vergangene Woche habe ich führenden Repräsentanten der Einheitsvertretung der guatemalteckischen Opposition im Exil (RUOG) gemeinsam mit internationalen Parlamentariern, wie dem belgischen Europaabgeordneten Palu Staes und dem mexikanischen Parlamentsabgeordneten Alejandro Encinas, Begleitschutz bei ihrer Rückkehr nach Guatemala gegeben. Ich folgte damit einer über die SPD ergangenen Einladung der RUOG, die christliche Bauernführerin und Buchautorin Rigoberta Menchu, den früheren Dekan der Medizinischen Fakultät der San Carlos-Universität, Dr. Rolando Castillo Mantalvo und zwei weitere Oppositions-Politiker aus Sicherheitsgründen bei ihrer Einreise nach Guatemala zu begleiten.

Ein Polizeiaufgebot von über 200 schwerbewaffneten Polizisten mit Mannschaftswagen, Panzerwagen und Motorrädern erwartete uns bei unserer Ankunft bereits auf dem Flugfeld. Rigoberta Menchu und Rolando Castillo wurden uns regelrecht entrissen und abgeführt.

Meine dringende Bitte, mit den für die Verhaftungen Verantwortlichen zu sprechen, wurde ignoriert und mir zudem nicht erlaubt, die Deutsche Botschaft von einem Telefon des Flughafens aus zu unterrichten. Die beiden anderen Exilpolitiker wurden schließlich gemeinsam mit uns und internationalen Begleitern gewaltsam zum Verlassen des Flughafengebäudes gezwungen. Die Sinnlosigkeit dieser Machtdemonstration wurde durch die Tatsache unterstrichen, daß die beiden Verhafteten nach siebenstündigem Verhör entlassen werden mußten, da nichts gegen sie vorlag. Das Ganze war ein inszenierter Einschüchterungsversuch, der die Menschen in Guatemala weiter zur bewaffneten Opposition und in den Bürgerkrieg gegen diese Regierungsgewalt führt.

Wenn die christdemokratische Regierung mit solchen Mitteln auf das friedliche Angebot der demokratischen Exilopposition zurückzukehren und sich an dem Demokratisierungsprozeß zu beteiligen, antwortet, sehe ich große Gefahren, daß das Friedensabkommen von Esquipulas in Guatemala niemals erfüllt wird. Darauf deutet auch die Haftung von Präsident Vinicio Cerezo hin, der Gespräche mit der Guerilla in Guatemala ausgeschlossen hat.

Es ist die Aufgabe der Europäischen Gemeinschaft und der einzelnen Regierungen ihrer Mitgliedsstaaten, Druck auf die christdemokratische Regierung Guatemalas auszuüben, damit sie sich ebenso konkret und ernsthaft wie die Sandinisten in Nicaragua im Dialog mit der unbewaffneten Opposition und in Verhandlungen mit der bewaffneten Opposition bemüht, Lösungen des internen Konflikts und einen Waffenstillstand herbeizuführen.

Nach dieser mit eigenen Augen erlebten Machtdemonstration der guatemalteckischen Polizei muß zudem die Bonner Bundesregierung nach Sinn und Nutzen Ihrer Polizeihilfe in Höhe von über zehn Millionen Mark gefragt werden.

Es hat wohl wenig Sinn, daß über zehn Millionen Mark aufgewendet werden, damit mich die guatemalteckischen Polizisten schwerbewaffnet auf dem Flugfeld empfangen, wenn ich nach Guatemala komme. Sinnvoll wäre es, statt der Polizei inszenierte Terrorempfang zu ermöglichen, das Geld dafür einzusetzen, wenigstens einigen der vier Millionen landlosen Bauern in Guatemala Land zu kaufen.

(-/27.4.1988/vs-hs/rs)

\* \* \*

**DOKUMENTATION**  
=====

Jürgen Schmude: Was bedeutet Holocaust für uns heute? (Teil II und Schluß)

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Jürgen Schmude hielt beim „Interfaith Council on the Holocaust“ am 24. April in Philadelphia/USA einen Vortrag, den wir in zwei Teilen dokumentieren.

Das Verbrechen wurde von Deutschen gegen alle Juden in ihrem Machtbereich, zunächst aber gegen ihre jüdischen Mitbürger verübt. Diese Mitbürger waren nicht Angehörige einer isolierten Minderheit, sie waren Deutsche, die zur Entwicklung des geistigen Lebens in Deutschland Beiträge von unschätzbarem Wert geleistet hatten. Mit ihrer Vertreibung und ihrer Ermordung hat sich das deutsche Volk selbst unersetzlicher geistiger Schöpfungskräfte beraubt.

Warum konnte das geschehen und warum in einem Volk, das über Jahrhunderte hinweg von den Wertvorstellungen einer westeuropäischen Kultur, des Christentums, der Reformation, der Aufklärung und eines liberalen bürgerlichen Rechtssystems geprägt worden war? Darauf gibt es so wenig eine klare Antwort wie auf die verzweifelten Fragen Elie Wiesels, der als Überlebender von Auschwitz sagte: „Falls ich versuchen könnte zu verstehen - aber das wird mir nie gelingen -, weshalb mein Volk zum Opfer wurde, so werden andere Leute verstehen müssen oder den Versuch machen müssen, zu verstehen, warum die Mörder Christen, sicher schlechte Christen, aber doch Christen waren. Irgend jemand wird erklären müssen, warum so viele Mörder Intellektuelle waren, Akademiker, Hochschulprofessoren, Rechtsanwälte, Ingenieure, Ärzte, Theologen.“

Die sichtbaren Linien, die ins Verderben führten, und ebenso das Unfaßbare, die nicht zu beantwortenden Fragen, sind es, die uns immer wieder zum Gedenken an den Holocaust nötigen. Richard von Weizsäcker, der deutsche Bundespräsident, sagte in seiner Rede zum 8. Mai 1985: „Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.“

So müssen wir gegen das Vergessen kämpfen, die Erinnerung beleben und das Wissen über die Geschehnisse immer wieder auffrischen und weitergeben. Wir tun es, um alle neuen Anfänge der Art zu bekämpfen, die sich schon einmal als unheilvoll erwiesen haben. Geschichte, sagt man, wiederholt sich nicht. Andere sagen, sie wiederholt sich immer. Beide Auffassungen sind nicht falsch. Denn nicht in der alten, schon bekannten Form, sondern in neuer Gestalt bedrohen uns die alten Übel. Und so müssen wir heute fragen, wo werden Menschen ihre Menschenrechte genommen oder verkürzt? Wo werden Minderheiten unterdrückt oder benachteiligt? Wo gibt es rassistisches Denken, Untertanenhaltung gegenüber dem Staat, Verteufelung anderer Menschen als Feinde und Bösewichter? Sind wenigstens wir heutigen Menschen bereit, Gesetzen nicht von vornherein zu gehorchen, sondern ihren Gehalt an Recht und Unrecht kritisch zu betrachten? Sind wir bereit zum Widerspruch gegen Unrecht, auch wo es uns selbst nicht berührt, oder begnügen wir uns mit der Antwort Kains: „Soll ich meines Bruders Hüter sein?“

Wir erinnern uns, um vor der Wiederkehr des Grauenhaften, des Unerklärlichen auf der Hut zu sein. Elie Wiesel, der Überlebende aus Auschwitz hat 1982 auf einer Kundgebung in New York gesagt: „Sage niemals, daß die Gesellschaft dies oder jenes nicht tun wird, sie wird. Suche niemals Zuflucht in bequemen Vorstellungen, daß die Geschichte schon weiß, wo sie aufhören muß, damit sie sich nicht selbst zerstört. Sie wird es nicht wissen... Früher glaubten wir an die absolute Wahrheit, jetzt sind wir gestraft durch den Besitz absoluter Waffen. Ich gehöre einer Generation an, die durch Massenmord traumatisiert wurde, der damals als etwas ganz Alltägliches angesehen wurde.“

Jeder, der ein Vernichtungslager gesehen hat, wird bezeugen, daß das Unmögliche möglich wird. Das Undenkbare tritt ein. Es ist zu spät für die Toten. Ist es auch für die Lebenden zu spät? Es kann sein. Es wird so sein, wenn wir vergessen.“

Es gibt einen anderen wichtigen Grund für das Erinnern. Wir sind es den Toten schuldig. Verzweifelt und vergeblich haben die Opfer gefragt, ob niemand sie gesehen, ob niemand auf das Verbrechen geachtet hat. Die höhnische Antwort ihrer Mörder ist bekannt. Unsere Antwort ist eine andere. „Der Sieg des Vergessens, der vergrabenen zusätzlich zur offenkundigen Lüge, wäre ein später Triumph des Verbrechens“, sagte Willy Brandt in einer Gedenkveranstaltung für Anne Frank. So ist es tatsächlich. Indem wir sie vergessen, würden wir die Toten auch in der Erinnerung, also ein zweites Mal, sterben lassen.

Besondere Aufgaben und Pflichten haben wir der Jugend gegenüber zu erfüllen. Immer neue Jahrgänge wachsen heran, die die Geschichte des Holocaust nicht kennen und für sie, man muß das verstehen, auch nicht ohne weiteres aufgeschlossen sind. Wir haben in Deutschland an der Reaktion junger Menschen auf die Fernseh-Serie „Holocaust“ erlebt, daß die große Mehrheit der Deutschen, und besonders die jungen Deutschen, bereit sind, die Geschichte in all ihrer Schrecklichkeit zu begreifen und die notwendigen bitteren Lehren zu ziehen. Aber wir hatten auch Anlaß zur Sorge, weil viele junge Menschen einräumten, daß sie bis dahin die Tatsachen überhaupt nicht gekannt hatten. Sie verstanden den Schrecken erst, als er am Beispiel einer Familie gezeigt wurde.

Wir sollten daran erkennen, daß Geschichtsunterricht in Schulen und Universitäten nicht genügt. Was in den Büchern steht, kann unwirklich bleiben. Erst die Konfrontation mit dem Schicksal einzelner Menschen läßt den Betrachter den Schrecken der entwürdigenden Behandlung, der Todesdrohung und schließlich des Mordes selbst begreifen.

Wenn wir heute bei der Jugend die Erinnerung wachhalten wollen, sollten wir die Hilfsmittel nicht ungenutzt lassen, mit denen menschliches Empfinden für die Opfer geweckt werden kann. Ebenso aber gilt es, die wertvollen Chancen zu nutzen, die in der Begegnung junger Deutscher mit jüdischen Menschen liegen. Versöhnung und Verständigung setzt voraus, daß man sich anblicken kann. Aus der Entfernung läßt sich das Schicksal des anderen mit Gleichmut betrachten. Erst das Erlebnis der Begegnung mit Menschen einer Gruppe, gegen die sich Verfolgung und Mord gerichtet haben, weckt das Empfinden für die Ungeheuerlichkeit dieses Verbrechens. Mehr als alle durch Vernunft und moralische Wertung gebildeten Überzeugungen bietet die aus der Begegnung und aus gemeinsamen Erleben gewachsene menschliche Verbundenheit einen Schutz vor der Wiederholung des Unheils.

Lassen wir die Erinnerung nicht mit den Älteren sterben! Halten wir sie wach, erfüllen wir sie mit Leben und geben wir sie weiter an die Jugend! Das ist die Antwort, die der Holocaust heute von uns fordert und zu der nicht nur wir, sondern auch die folgenden Generationen verpflichtet bleiben.

(-/27.4.1988/rs/ks)